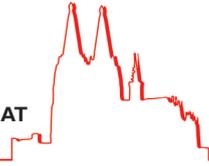




**CDU** REGIONALRAT  
KÖLN



# REGIONALRATSREPORT

Ausgabe 82 / September 2022

Liebe Leserinnen,  
liebe Leser,



die neue schwarz-grüne Landesregierung hat ihre Arbeit aufgenommen. Im ersten Halbjahr 2024, so die Planung, soll laut Wirtschaftsministerium eine Änderung des Landesentwicklungsplans für Nordrhein-Westfalen im Kabinett beschlossen und in den Landtag eingebracht werden. Eine geplante Änderung ist unter anderem die Umsetzung des so genannten Wind an Land Gesetzes des Bundes in den LEPNRW. Demnach müssen bis 2027 1,4 % der Landesfläche für die Windenergie ausgewiesen werden und bis 2032 2,0 %. Die Regionalpläne der einzelnen Regierungsbezirke sollen ausreichende Flächensicherungen für die Windenergie aufweisen, die Bezirksregierungen werden in Zukunft die Genehmigungsbehörden für Windenergieanlagen in Nordrhein-Westfalen sein. Weiterhin soll beispielsweise die 1500-Meter-Abstandsvorgabe aufgehoben werden.

Zum 01. September dieses Jahres hat Herr Dr. Thomas Wilk die Nachfolge von Gisela Walsken als Regierungspräsident von Köln angetreten. In einer Feierstunde wurde er von Landesinnenminister Herbert Reul offiziell ernannt. Herrn Dr. Wilk sage ich: „Auf gute Zusammenarbeit“ und Gisela Walsken danke ich an dieser Stelle nochmals für das vertrauensvolle Miteinander im Regionalrat und im Braunkohlenausschuss für die Arbeit an der gesamten Region. Für die Zukunft alles Gute!

Ihr

Stefan Götz (Fraktionsvorsitzender)

## CDU-Fraktion verabschiedet sich von Walsken

### Ansiedlung von Hyperscale Rechenzentrum

Nach zwölf Jahren als Regierungspräsidentin von Köln war am 31. August Schluss. Gisela Walsken erhielt einige Tage zuvor aus den Händen von Landesinnenminister Herbert Reul im Plenarsaal der Bezirksregierung ihre Entlassungsurkunde. Zuvor hatte die CDU-Fraktion im Regionalrat Köln um ihren Vorsitzenden Stefan Götz die Gelegenheit, sich von Walsken zu verabschieden. Während einer gemeinsamen Sitzung im Vorfeld des Regionalrats dankte Götz ihr für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren: „Wir haben für die Region die Themen immer gemeinsam, auf Augenhöhe, angepackt – sei es im Regionalrat oder im Braunkohlenausschuss“, so Götz. Persönlich wünschte er ihr alles Gute. „Sicherlich wird man sich in der Region wiedersehen.“



Nachfolger von Gisela Walsken als Regierungspräsident ist seit 01. September Dr. Thomas Wilk, der bisher im Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung beschäftigt war. Er wird sich in einer Sondersitzung, Mitte September, bei der CDU-Fraktion vorstellen.

Weiterhin fasste der Regionalrat in seiner Sitzung vom 26. August den Aufstellungsbeschluss zur Ansiedlung eines Hyperscale Rechenzentrums am Standort BoAPlus in Bergheim-Niederaußem. „Dies ist ein wichtiger Schritt für die Transformation im Rheinischen Revier“, sagt Stefan Götz. Man erhoffe sich durch die Ansiedlung eine Initialzündung zur Ansiedlung moderner Industrie. Der Regionalrat habe das ehrgeizige Ziel, dass jetzt begonnene Verfahren zum Ende des Jahres zu finalisieren. Eine vom NRW-Wirtschaftsministerium in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie belegte bereits zuvor, dass insbesondere der Rhein-Erft-Kreis auf dem Gebiet des Regierungsbezirks Köln über erhebliche Potentiale für eine Hyperscaler-Dateninfrastruktur und ein darum gebildetes Ökosystem der Digitalwirtschaft verfüge.

#### Hintergrund:

Hyperscale Rechenzentren bestehen aus hunderttausenden einzelner Server, die über ein virtuelles Hochgeschwindigkeitsnetzwerk verbunden sind. Betreiber von Hyperscaler Rechenzentren streben niedrige Gesamtbetriebskosten sowie ein hohes Maß an Modularität und Skalierbarkeit an, um den Endnutzern jederzeit und überall IT-Kapazität mit höchster Effizienz und Flexibilität zu bieten.

Foto: CDU-Fraktion RR Köln

FÜR UNSERE REGION

## Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie

**Pressemitteilung zur Änderung des Landesentwicklungsplans** (31. August 2022)

**Erster Schritt für massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien: Landesregierung beschließt Eckpunkte für Änderung des Landesentwicklungsplans**

**Ministerin Neubaur: Erneuerbare sind Preisdämpfer und das Fundament für die klimaneutrale Wertschöpfung von morgen**

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen treibt den Ausbau der Erneuerbaren Energien voran. Um damit gerade in der aktuellen Energieversorgungskrise zügig zu starten, hat sich das Landeskabinett gestern (30. August 2022) in einem ersten Schritt auf Eckpunkte zur notwendigen Änderung des Landesentwicklungsplans verständigt, die das federführende Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie erarbeitet hat. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien soll im Einklang mit den schutzwürdigen Interessen der Bevölkerung und der Umwelt erfolgen. Konkret geht es um die Zielsetzung, das Bundesziel von zwei Prozent Fläche für Windenergie gerecht auf die verschiedenen Regionen in Nordrhein-Westfalen zu verteilen. Die Landesregierung wird zudem die 1500-Meter Abstandsvorgabe der Vorgängerregierung im Landesentwicklungsplan aufheben.

Wirtschafts- und Klimaschutzministerin Mona Neubaur: „Die aktuelle Lage zeigt deutlich: Die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern treibt die Preise für Strom und Wärme in nie dagewesene Höhen. Der massive Ausbau der Erneuerbaren Energien ist dabei nicht nur mit Blick auf den Klimaschutz zwingend notwendig, sondern auch sicherheitspolitisch relevant und ökonomisch klug. Denn: Erneuerbare sind Preisdämpfer und das Fundament für die klimaneutrale Wertschöpfung von morgen. Mit den Eckpunkten für eine Änderung des Landesentwicklungsplans gehen wir nun den ersten Schritt für eine verantwortungsvolle Bereitstellung von Flächen. Mir ist es wichtig, die Menschen dabei mitzunehmen und die Regionen beim Ausbau der Erneuerbaren Energien bestmöglich zu unterstützen. Wenn es uns gelingt, die Energiewende auf allen Ebenen voranzutreiben, dann werden wir uns in immer schnelleren Schritten von Abhängigkeiten lösen und neue Freiheiten gewinnen.“

**Die geplanten LEP-Änderungen im Überblick:**

**Umsetzung des Wind-an-Land-Gesetzes:** Ausreichende Flächensicherung für die Windenergie in den Regionalplänen.

**Abstandsregelung Wind:** Die 1500-Meter-Abstandsvorgabe der Vorgängerregierung im Landesentwicklungsplan wird aufgehoben.

**Wind im Wald:** Die Erzeugung von Windenergie soll künftig auch auf geeigneten Waldflächen möglich sein (Kalamitätsflächen und beschädigte Forstflächen).

**Gewerbeflächen:** Auch Gewerbe- und Industrieflächen werden wir in den Blick rücken. Die Abstandsflächen großer Industriebauten können klug für Erneuerbare Energien genutzt werden.

**Freiflächen-Photovoltaik:** Mit der LEP-Änderung wird auch die Flächenkulisse für Freiflächen-PV maßvoll erweitert. Hochwertige Ackerböden und eine besondere Bedeutung für den Biotopverbund setzen dabei weiterhin klare Grenzen. Mehrfachnutzungen wie sie durch Agri-PV und Floating-PV möglich sind, können wesentlich dazu beitragen, die Fläche in unserem Land möglichst effizient zu nutzen.

Um einen zügigen und ausreichenden Ausbau der Erneuerbaren Energien zu erreichen, wird die Landesregierung vielfältige Maßnahmen ergreifen. Dazu gehören u.a. Spielräume des Artenschutz- und Naturschutzes zu nutzen und zu vergrößern, die stufenweise Abschaffung von pauschalen Abstandsregelungen und finanzielle Beteiligungsmöglichkeiten.

Das federführende Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie wird auf Grundlage heute beschlossenen Eckpunkte in einem ersten Schritt einen Entwurf für die konkreten Änderungen des Landesentwicklungsplans sowie einen Umweltbericht erarbeiten. Um eine gerechte Verteilung der Windenergiebereiche auf die einzelnen Planungsregionen zu sichern, wird die Windpotenzialstudie des Landes aktuell überarbeitet. Für Frühjahr nächsten Jahres ist die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger geplant. Ziel ist es, die Änderung des Landesentwicklungsplans noch im ersten Halbjahr 2024 von der Landesregierung zu beschließen und im Landtag einzubringen.



Foto: pixabay.com / Skitterphoto

## Strukturwandel im Rheinischen Revier fördern

### Regionalrat unterstützt Transformationsstandorte der „Task Force“

Ende August hat der Regionalrat Köln mit den Stimmen von CDU, SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und FDP sieben von der so genannten Task Force qualifizierte Transformationsstandorte für die Neuaufstellung des Regionalplans Köln unterstützt.

Die Task Force unter Leitung der beiden Regierungspräsidentinnen aus Düsseldorf und Köln hat die Aufgabe, zusätzliche Gewerbeflächen für den Strukturwandel im Rheinischen Revier zu identifizieren. Gemeinsam mit den Regionalräten Düsseldorf und Köln sind diese Themen in mehreren Treffen diskutiert worden.

Die Landesregierung ist jetzt gefordert, die rechtlichen Voraussetzungen für die Aufnahme in die Regionalpläne zu schaffen.

„Die aufgeführten Standorte haben eine hohe Bedeutung für den Strukturwandel im Rheinischen Revier“, so der Vorsitzende des Regionalrats Köln, Rainer Deppe. Durch sie könne man in den Regionalplänen Köln und Düsseldorf zusätzliche großflächige GIB-Standorte festlegen.



Denn für Industrie, Unternehmen und für die Nutzung von Erneuerbaren Energien sei die Zurverfügungstellung von Flächen ein wesentlicher Beitrag für eine gute Standortentwicklung. Dabei müsse aber sichergestellt werden, dass neue Gewerbe- und Industriegebiete zukunftsfähig und unter Berücksichtigung von Klimaschutzaspekten entwickelt werden. Um die Transformation erfolgreich bewältigen zu können, ist eine effizientere Nutzung von Flächen unumgänglich.

Ziel müsse daher sein, Chancen zu ergreifen und Brüche zu vermeiden, um gleichwertige Lebens- und Arbeitsverhältnisse in allen Teilräumen unseres Landes zu schaffen und zu erhalten. Insbesondere das vom Strukturwandel betroffenen Rheinische Revier benötigt Transformationsflächen

über die im Landesentwicklungsplan festgelegten Flächen für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben hinaus. „Insofern ist die Ausweisung weiterer derartiger oder ähnlicher Flächen zur Stärkung von Industrie und produzierendem Gewerbe folgerichtig“, sagt Stefan Götz.



Um folgende Standorte handelt es sich hierbei:

1. **Standort Kerpen (Stadt Kerpen / Rhein-Erft Kreis)**
2. **Standort Elsdorf (Stadt Elsdorf / Rhein-Erft Kreis)**
3. **Standort Aldenhoven (Gemeinde Aldenhoven / Kreis Düren)**
4. **Standort Jülich (Stadt Jülich / Kreis Düren)**
5. **Tagesanlagen Hambach (Gemeinde Niederzier / Kreis Düren)**
6. **Standorterweiterung Knapsack (Städte Hürth und Erftstadt / Rhein-Erft Kreis)**
7. **Standort Jackerather Kreuz (Gemeinde Titz / Kreis DN, Stadt Jüchen / Rhein-Kreis Neuss)**

Weiterhin wurde die Regionalplanungsbehörde in dem Beschluss des Regionalrats aufgefordert, eine Begründung für die Umsetzung der genannten Flächen im Rahmen des Paragraphen 38a LPIG zu erarbeiten und in der Lenkungsgruppe abzustimmen. Bezüglich der Standorte 5, 6 & 7 ist vorab eine Klärung über derzeit entgegenstehende landesplanerische Zielsetzungen herbeizuführen.

Der Standort 7 bedarf zudem einer regierungsbezirksübergreifenden Abstimmung unter Berücksichtigung der bergrechtlichen Situation.

Fotos: Pixabay.com, Tilgnerpictures, StartupStockPhotos

## Fraktionsmitglieder im Portrait

**Stefan Götz, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Regionalrat Köln**

Begonnen habe ich meine berufliche Tätigkeit nach dem Abitur (Apostelgymnasium) und Studium (Dipl. Volkswirt und Historiker) als Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Winfried Pinger im Deutschen Bundestag in Bonn, war dann Referent der



CDU/CSU-Bundestagsfraktion und anschließend beim Westdeutschen Handwerkskammertag in Düsseldorf tätig, dem Dachverband der Handwerkskammern in NRW. Heute bin ich bei den

Rheinischen Versorgungskassen als Leiter der Internen Revision beschäftigt.

Mit der Politik habe ich zu Schulzeiten begonnen, zuerst als Vorsitzender der Schüler Union Köln, später Vorsitzender der Jungen Union Köln. 1994 wurde ich erstmals in den Rat der Stadt Köln gewählt, und seit 2001 bin ich Fraktionsvorsitzender der CDU im Regionalrat Köln. Mit dem aktuell laufenden Verfahren zur Neuaufstellung des Regionalplans legen wir die mit der gesamten Region abgestimmte Strukturpolitik für die kommenden Jahrzehnte fest – fachlich und rechtlich ausgedrückt mit dem Regionalplan. Gerade diese Abstimmung ist unverzichtbar, weil die Region so unterschiedlich strukturiert ist wie kaum eine andere. Mit Ausnahme von Meer und Hochgebirge finden wir hier auf 135 km von Westen nach Osten und 122 km von Norden nach Süden fast alle Naturräume vor. Die pulsierenden Metropolen entlang des Rheins, die Nachbarkreise in der Ballungsrandzone, die Grenzen überschreitenden Verbindungen insbesondere aus der

Städteregion Aachen und dem Kreis Heinsberg zu unseren Nachbarn in Belgien und den Niederlanden, die naturgeprägten Landschaften der Eifel, das arbeitsplatzstarke Oberbergische Land und das Rheinische Revier – gerade in dieser Vielfalt und Flächenausdehnung möglichst jeden Aspekt zur Geltung zu bringen und zu seinem Recht zu verhelfen ist die gemeinsame Aufgabe des Regionalrats als regionalem Planungsträger und der Bezirksregierung Köln als zuständiger Planungsbehörde.

Ein weiterer politischer Baustein auf dieser Ebene ist für mich der Vorsitz des Braunkohlenausschusses. Das Rheinische Braunkohlenrevier ist das größte Abbaugelände Europas und hat durch seine drei großen Tagebaue Garzeiler, Hambach und Inden maßgeblich landschaftsverändernde Wirkung. Während früher die Sicherung der Braunkohle als wesentlichem heimischen Energieträger im Vordergrund stand, hat sich die Aufgabe nun zu einem geordneten Ausstieg aus der Braunkohle gewandelt. Dieser Strukturwandel stellt eine enorme Herausforderung für die gesamte Region dar.

Am meisten liegt mir jedoch ganz klar die Kommunalpolitik am Herzen. Sie ist am nächsten bei den Menschen, und alles, was wir in der Kommunalpolitik machen, wirkt sich direkt und unmittelbar aus. Da kann man schneller etwas positiv bewegen, auch wenn vieles aus meiner Sicht heute viel zu lange dauert. Hätten unsere Großeltern nach dem Krieg ebenso gehandelt (Gutachten vergeben, drei Meinungen einholen, Machbarkeitsstudien erstellen, Zuständigkeit prüfen, Verantwortlichkeiten verschieben usw.), würden wir wahrscheinlich heute noch Trümmer beseitigen.

Die politischen Tätigkeiten nehmen viel Zeit in Anspruch, aber ich bin auch

noch in anderen Bereichen engagiert. So zum Beispiel im Vorstand der Katholischen Jugendwerke, dem Förderverein Junge Theatergemeinde, als Elternvertreter in der Schule, der historischen Gesellschaft und noch Mitglied in einigen weiteren Vereinen. In meiner Freizeit unternehme ich am liebsten etwas mit meiner Familie. Inzwischen bin ich Urlaubsveranstalter, Nachhilfelehrer, Lego-Experte, Modelleisenbahner, Fahrradreparateur und einiges mehr. **Foto: Stefan Götz**

**Sitzungstermine****23. September 2022**

Kommission Rheinisches Revier

**17. Oktober 2022**

Unterkommission Rhein-Berg

**19. Oktober 2022**

Unterkommission Ville-Eifel

**28. Oktober 2022**

Kommission für Digitalisierung

**Impressum**Vorsitzender:**Stefan Götz (verantwortlich)**  
Stadt KölnStv. Fraktionsvorsitzende:**Franz-Michael Jansen**  
Kreis Heinsberg  
**Gregor Golland, MdL**  
Rhein-Erft-KreisVorsitzender des Regionalrats:**Rainer Deppe MdL**  
Rheinisch-Bergischer KreisFraktionsgeschäftsstelle:**Benjamin Schmidt**  
Fraktionsgeschäftsführer  
Zeughausstraße 2-10  
50667 Köln  
Tel: 02 21 / 139 54 46  
Fax: 02 21 / 139 54 51E-Mail: [info@cdu-regionalrat-koeln.de](mailto:info@cdu-regionalrat-koeln.de)  
Internet:  
[www.cdu-regionalrat-koeln.de](http://www.cdu-regionalrat-koeln.de)